



Mai 1997

Solidaritätspreis: öS 20,-

VORWÄRTS



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International

öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 73

Sozialabbau schafft Arbeitslose!

Sparpaket verlangt den Arbeitslosen ein Opfer von 1,3 Milliarden ab

1996 waren in Österreich insgesamt 708.753 Menschen arbeitslos, im Schnitt blieben sie es für 121,4 Tage. Im Jänner 1997 erreichte die Zahl der Beschäftigungslosen mit knapp 300.000 den Höchststand seit 1945. Hinter diesen nackten Zahlen verbergen sich Not, Delogierung, soziale Ausgrenzung und persönliche Katastrophen bis hin zu Selbstmorden. Die Sparpakete der Bundesregierung verschärfen die Situation dramatisch. Es wird bei den Ärmsten gespart. Zur Information: Ein Arbeitsloser erhält durchschnittlich öS 9.000,-, Notstandshilfebezieher rund öS 7.000,- pro Monat. Gleichzeitig fallen durch den Sozialabbau tausende Stellen im öffentlichen Sektor weg (Seite 3).

von Harald Mahrer,
SOV Wien Mitte

Das Märchen, daß „jeder, der wolle, auch arbeiten könne“, wird durch die Realität widerlegt: Auf eine offene Stelle kamen im Jänner '97 bereits 19,77 Stellensuchende. Besonders benachteiligt im Gerangel um die letzten verbliebenen Jobs sind einmal mehr Frauen. Sie bleiben im Schnitt 16 Tage länger arbeitslos als ihre männlichen Schicksalsgenossen (M: 115 Tage; F: 131 Tage).

Nachdem das Problem „Arbeitslosigkeit“ jahrelang ignoriert wurde, werden die PolitikerInnen aller Couleure nun nicht müde, stets zu betonen, daß für sie der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit das Wichtigste sei. Noch unter Vranitzky rief die SPÖ eine neue Gründerzeit aus. 50.000

neue Betriebe sollten entstehen. Im Industriebereich sieht das konkret so aus: 147 Neugründungen mit 3.080 Arbeitsplätzen stehen 160 Betriebs-schließungen mit 3.492 verlorenen Arbeitsplätzen gegenüber (1995, ÖSTAT). Als zweiten Ansatz zum Problem reiben uns bürgerliche Medien und PolitikerInnen immer wieder das Beispiel USA unter die Nase. Dort gäbe es erstens nur 5,4 % Arbeitslosigkeit und zweitens wurden Millionen Jobs im Dienstleistungssektor geschaffen. Dieses Beispiel ist einen genaueren Blick wert.

Noch unter Reagan begann die US-Regierung, ein „Beschäftigungsprogramm“ zu forcieren, das wohl kaum im Interesse der Arbeitenden sein kann. So ist das Lohnniveau heute 19 % niedriger als noch vor 20 Jahren. Ca. 65 % der seit 1992 neu geschaf-

fenen Jobs werden unter dem Durchschnitt bezahlt, von vielen dieser McJobs kann man nicht leben, man braucht 2 oder 3 Jobs. Die Anzahl jener, die trotz Job unter der Armutsgrenze leben, wächst ständig.

„Standort Österreich“ und globale Konkurrenz

Als Erklärung für die Jobkrise wird immer öfter die „Globalisierung“ angeführt. Der Standort Österreich sei zu teuer, die Wettbewerbsfähigkeit müsse verbessert werden. Darin sind sich Unternehmer und Gewerkschaftsspitze einig. Die Unternehmer haben die konsequente Schlußfolgerung parat: Damit die Jobs nicht in Billiglohnländer ausgelagert werden, müssen wir uns eben in Verzicht (bei Lohn, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen etc.) üben.

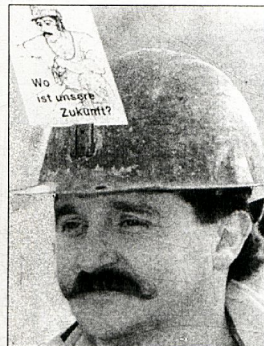
Doch diese Argumente basieren auf mehreren „Fehlannahmen“, die am Beispiel der deutschen Wirtschaft - wo die Standortdebatte zur Zeit besonders tobt - deutlich werden. Mythos 1: Auslagerung in Billiglohnländer: Wenn die deutsche Wirtschaft Jobs auslagert, dann zu 90% in die USA und andere EU-Staaten und nicht nach Südostasien oder Osteuropa. Mythos 2: Arbeitsplätze werden von einem Standort zum anderen transferiert. Die (wenigen) Jobs, die deutsche Unternehmen neu schaffen, entstehen in den meisten

Fällen in Deutschland und nicht außerhalb der deutschen Grenzen. Gleichzeitig gibt es eine Rekordarbeitslosigkeit von fünf Millionen. Wohin gehen die Betriebe, die in Deutschland aus „Kostengründen“ schließen? Ins globale Nichts, denn tatsächlich findet europaweit eine

inhaltlich voll mittragen. Konkrete Schritte zu internationalen Aktionen sind nur spärlich vorhanden. Bestenfalls demonstrieren einige FunktionärInnen in Brüssel. Eine Mobilisierung der Basis oder eine internationale Vernetzung von BetriebsrätInnen, Arbeitslosenorganisationen etc. wird nicht forciert.

Internationale Solidarität

Die Kapitalisten hätten wohl weltweit gerne ArbeitnehmerInnenrechte wie in Osteuropa. Osteuropäische ArbeitnehmerInnen wollen Bedingungen wie in Österreich. In welche Richtung das Gefälle ausgeglichen wird, entscheidet das Kräfteverhältnis zwischen internationalem Kapital und internationaler ArbeiterInnenklasse. Läßt sich die ArbeiterInnen-schaft auf die Standortlogik ein, kann sie nur verlieren. Auch die konkrete Erfahrung, z.B. in der Verstaatlichung oder bei Semperit, zeigt, daß Verzicht keine Arbeitsplätze sichert, sondern zu weiterem Sozialabbau und Jobvernichtung führt. Wir brauchen ein offensives Programm, um der Vernichtung von Arbeitsplätzen entgegen zu treten. Der wichtigste Ansatzpunkt ist die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn.



Vernichtung von Arbeitsplätzen - vor allem im industriellen Bereich - statt. Der Hintergrund dafür ist eine tiefe Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, zu deren direkten Folgen die permanente Massenarbeitslosigkeit gehört.

Guten Morgen, ÖGB!

Der Zweck der Standort-Propaganda ist offensichtlich. Es sollen ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausgespielt und erpreßt werden, um Sozialabbau zuzulassen. Die Standortlogik schließt eine „Spirale nach unten“ ein, das erkennt auch die GPA (Kompetenz, 2/97). Damit hebt sich die GPA-Führung noch positiv gegenüber anderen Gewerkschaftsspitzen ab, die die Standort-„logik“ auch

Demo gegen Arbeitslosigkeit

Am 14. Juni findet in Amsterdam eine europaweite Demonstration gegen Erwerbslosigkeit statt. Konkreter Anlaß ist die „Maastricht II“ - Konferenz der EU-Regierungsvertreter. Die SOV ist Teil der österreichischen Vorbereitungsstruktur und bei allen Aktionen dabei. Wesentlicher inhaltlicher Punkt den wir einbringen, ist der internationale Kampf gegen das Maastrichtkonzept und den damit verbundenen europaweiten Sozialabbau. Weiters versuchen wir gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen in anderen Ländern Bewegungen wie die der Renaultarbeiter aufzugreifen und zu unterstützen.

Wenn Du mit nach Amsterdam fahren willst, melde Dich rasch an:
SOV, 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11,
Telefon 01-524 63 10/ Fax 01-524 63 11

InfoLine: ☎ 01 / 524 63 10 ★ Fax 01 / 524 63 11

NATO
BeamtInnen
Euro
Peru

Der Standpunkt

Iran-Gate in Österreich?

Kurdische Flüchtlinge haben in Österreich praktisch keine Chance auf Asyl. Wieviele Menschen "rechtlich korrekt" Jahr für Jahr an Österreichs Grenzen in den Tod (zurück) geschickt werden, ist schwer zu sagen. Es werden aber wohl mehr sein, als jene drei im Jahre 1989 in Wien ermordeten Politiker der Demokratischen Partei Kurdistans, die derzeit Österreichs Parteienlandschaft erschüttern.



von John Evers

Drei iranische Kurden wurden während eines Treffens mit drei iranischen Geheimdienstlern im Juli 1989 durch 16 Projektilen regelrecht hingerichtet. Zwei der drei Iraner - einer davon durch einen Querschläger schwerverletzt - werden von der Polizei aufgegriffen und einvernommen. Sie widersprechen sich in ihren Aussagen. Beide werden auf freien Fuß gesetzt und können das Land verlassen. Der eine wird hoch offiziell mit einer Polizeieskorte zum Flughafen gebracht. Der andere hält sich zunächst in der iranischen Botschaft auf und schlüpft dann durch das Überwachungsnetz der Staatspolizei - welches kurz vorher, auf höhere Weisung hin, gelockert worden war.

Belegt ist, daß der Chef der Staatspolizei Schulz versuchte, den Untersuchungsrichter Seda anzuhalten, wegen möglicher "diplomatischer Verwicklungen" keine Haftbefehle gegen Personen die sich in der iranischen Botschaft befinden, zu erteilen. Die Anklage gegen die drei Iraner wurde erst vier Monate nach der Tat auf Mord ausgeweitet. Involviert in einen Dschungel von Weisungen war damals das Justiz, Innen und Außenministerium und damit die Minister Fogger, Löschnak und Mock - letztere sind nach wie vor Nationalratsabgeordnete. Auch Bundespräsident Klesstil war als damaliger Generalsekretär im Außenministerium - laut dem ihm nicht gerade unfreundlich gesinnten Magazin "News" - über alle Vorgänge informiert. Folgende Spekulationen müssen angesichts dieser Fakten erlaubt sein: Hier handelt es sich nicht um eine Kette von Fehlern einzelner Beamten. Politischer Druck des iranischen Regimes auf die österreichische Regierung dürfte, wohl der Hintergrund des "Versagens der Behörden" gewesen sein. Daß Thereran mit Repression gedroht hat, ist bis jetzt von niemandem bestritten worden.

Die Beziehungen zum iranischen Terrorregime waren für die Mächtigen in Österreich immer schon von einer "ganz besonderen" Bedeutung. Vor neun Jahren flogen illegale Waffenlieferungen der VOEST-Tochter Noricum an den Iran auf. Im folgenden Untersuchungsausschuß wurden mehrere Regierungsmitglieder schwer belastet. Die volle Freigabe der Akten im jetzigen Mordskandal und einen Untersuchungsausschuß wie damals, versucht vor allem die ÖVP zu verhindern. Schützenhilfe erhält sie dabei pikarerweise von der Kronen-Zeitung. Die gesamte Tragweite der Affäre ist im Moment noch nicht abzusehen. Man sollte allerdings nicht vergessen, daß es derartige Amtsmissbräuche und Korruptionsskandale waren, die in der jüngeren Vergangenheit in ganz Europa Regierungen und politische Systeme erschütterten und teilweise zum (Ein-)Sturz brachten.

Nach den Volksbegehren

Jetzt geht's los!

Zwei Volksbegehren haben Österreich bewegt. Das Frauenvolksbegehren wurde von über 600.000 unterstützt. Das Gen-Volksbegehren bekam doppelt so viele Stimmen, nämlich 1.200.000. Für das Ergebnis sicher nicht unwesentlich: Wurde "Anti-Gen" doch von der meist gelesenen Zeitung - der Kronen Zeitung - unterstützt.

von Katja Arthofer, SOV Wien Ost

Auf solch eine Unterstützung konnten die Organisatorinnen des Frauenvolksbegehrens, das UFF (Unabhängiges Frauen Forum), nicht zählen. Doch 600.000 Unterschriften sind ein Erfolg. Vor allem, wenn man den Druck bedenkt, dem viele Frauen ausgesetzt waren: Ein Ehepaar aus Wien ging das Gen-Volksbegehren unterzeichnen. Die Frau wollte auch gleich das Frauenvolksbegehren unterschreiben. Doch das paßte dem "Herrn des Hauses" nicht. Der Mann übte einen derart starken Druck auf "seine" Frau aus, daß diese ihre Unterschrift wieder

zurückziehen "wollte". Ein Einzelfall? Nettes Detail am Rande: Dies war rechtlich gesehen nicht möglich...

Die Frage, die sich jetzt stellt: "Wie weiter nach dem Volksbegehren?" Denn wie die Vergangenheit gezeigt hat, kehrt die Regierung Forderungen von Volksbegehren unter den Tisch - wenn nicht weiterhin massiv Druck gemacht wird. Doch danach sieht es im Moment nicht aus. Johanna Dohnal will das UFF sogar auflösen. Es sollen nur noch ExpertInnen-Komitees tagen, und die wichtigste Debatte dabei ist die über eine Kandidatin für die Bundespräsidentenschaft... Was nach wie vor fehlt, ist eine politische und organisatorische Struktur, die sich bemüht, jene Frauen, die das Volksbegehren unterstützten, in den Kampf um gleiche Rechte einzubinden.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts, 7, Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ

Widerstand gegen Klima

Als die „Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ“ zu einer Konferenz Anfang April einlud, waren wir freudig überrascht über dieses späte Zeichen eines sich formierten Widerstandes innerhalb der SPÖ.

von Claudia Sorger, Vorsitzende der SJ 3

Spät deshalb, weil es in den letzten Jahren genug Gelegenheiten gegeben hat, wo es mehr als nötig gewesen wäre, eine solche Initiative zu gründen: z.B. die Zeit nach dem Beschluß des ersten Sparpakets, als der Unmut in der Parteibasis ungewöhnlich groß war. Wir versuchten damals, mit unserer „Plattform für einen sozialistischen Kurswechsel“ unsere jahrelange Oppositionsarbeit innerhalb der Sozialistischen Jugend auch in die Partei zu tragen.

Die Linke innerhalb der SPÖ zeigte mit der jetzigen Gründung ein Lebenszeichen, das von Linken in- und außerhalb der SPÖ nur begrüßt werden kann. Im Positionspapier der Initiative wird eine „starke, einige und geschlossene Sozialdemokratie“ für den Kampf gegen den „globalisierten Kapitalismus“ gefordert, weshalb „die Teilnahme an der Regierung nicht Selbstzweck sein darf“. Die Gründungsveranstaltung selbst war für uns eher enttäuschend. Den Altersdurchschnitt der Anwesenden dokumentierte der „Standard“ mit der Feststellung, daß die rund 30 Jugendlichen zum Großteil von der SOV kamen. Enttäuschend war, daß sich keine einzige andere linke Organisation und auch keine VertreterIn der Jugendorganisationen einbrachten. Gastreferent Bruno Aigner be-



Der rechten SPÖ-Spitze eine linke Alternative entgegengesetzt!

schränkte sich darauf, der „Macht des Finanzkapitals“ ein „geschickteres Verhandeln der SPÖ“, ein „langsames Privatisieren“ entgegen zu stellen. Man dürfe nicht einfach für die Abschaffung der großen Koalition plädieren. Auch zur sozialen Marktwirtschaft gäbe es keine Alternative. Werden derartige Inhalte für die Zukunft der „Initiative“ eine zentrale Rolle spielen? Das wäre tragisch, denn dann könnte die Plattform wohl kaum Anziehungskraft auf jene in der SPÖ ausüben, die sich aktiv gegen Rechtsruck und sozialen Kahlschlag wehren wollen.

Die Frage ist, wie es mit diesem Ansatz weitergeht. Hugo Pepper stellte richtig fest, daß schon viele Initiativen in der SPÖ gegründet wurden. Wir denken, daß die Voraussetzungen für linke Opposition in der SPÖ insgesamt schlechter geworden sind. Viele - vor alle junge Menschen - haben die SPÖ als Partei der Privatisierung, Sparpakete und der Korruption erlebt. Eine Forderung nach einer „starken Sozialdemokratie“ klingt heute - im Gegensatz zu den 70er Jahren - für viele Arbeit-

nehmerInnen und Jugendlichen - fast wie eine Drohung. Die Ansatzpunkte für linke Opposition in der Partei haben sich durch die dramatische Ausdünnung der aktiven Parteibasis und dem Niedergang der Jugendorganisationen vermindert. Diese „organisatorische“ Entwicklung der SPÖ ist die direkte Folge des konsequenten Rechtsrucks der SPÖ-Führung. Angesichts dessen reicht es nicht aus, eine Parteiführung unter Klima, der Arbeitszeitflexibilisierung ohne Lohnausgleich als „gelebte Solidarität der 90er Jahre“ verkauft, dazu aufzufordern, daß „die Ergebnisse der Konferenz bei der Neuorientierung der Politik der SPÖ berücksichtigt werden“ (Forderung der Initiative an den Bundespartei-tag). Linke Opposition in der SPÖ zu sein bedeutet, daß nur die konsequente Verteidigung des derzeitigen sozialen Standards, eine beharrliche Auseinandersetzung mit der Parteispitze heißt. Um diesen durchzustehen ist eine Orientierung auf Zusammenarbeit mit anderen Linken bei konkreten Projekten (z.B. Euro-marsch) nötig.

Kommt der NATO-Beitritt durch die Hintertür?

Nein zum NATO-Beitritt!

Systematisch wurde das österreichische Bundesheer seit 1989 in imperialistische Aktionen integriert. Nach der Durchfuhrgenehmigung für Panzer während des Golfkriegs, kam der Einsatz in Ex-Jugoslawien und jetzt die Beteiligung an Disziplinierungsaktionen für die Aufständischen in Albanien. Außenminister Schüssel startete jetzt eine neue NATO-„Offensive“.

von David Mum, SOV NÖ

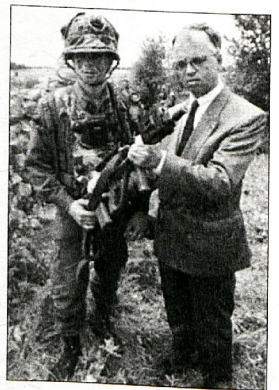
In seinem Eifer, möglichst bald der NATO/WEU beizutreten, erklärte er, die Neutralität sei mit einem NATO-Beitritt vereinbar, wenn keine Atomraketen in Österreich stationiert werden. Der Unsinn dieser Aussage war wohl zu offensichtlich, denn neutrale Staaten hat es schon gegeben, bevor es Atomwaffen gab. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde neutral sein noch nie als atomraketenfreies Gebiet definiert. Nach diesem „Patzer“ ging Schüssel noch weiter: Er sprach sich vor der NATO für einen Vollbeitritt aus und erbat de facto eine Beitrittsanmeldung seitens der NATO an Österreich - und hat so Proteste bei der SPÖ ausgelöst.

Der Beitritt selbst steht dabei aber anscheinend außer Frage, denn die SPÖ nannte den Vorstoß von Schüssel zwar kontraproduktiv und in-

stinktlos, aber widersprach ihm inhaltlich nicht. Die SPÖ setzt also ihre Politik fort, den NATO-Beitritt vorzubereiten, ohne sich dezidiert für ihn auszusprechen, sieht man dabei von einzelnen Vorgesprechern wie Josef Cap oder Hannes Swoboda ab.

In diesem Licht ist auch die Beteiligung an der Operation in Albanien zu sehen. Wie schon zuvor in Bosnien, arbeitet man hauptsächlich mit NATO-Staaten oder solchen, die es bald werden wollen, zusammen. Auch Bundespräsident Klesstil fordert militärische „Solidarität“ und steht, wie die FPÖ, Berufsheer und NATO-Beitritt positiv gegenüber.

Diese Entwicklungen - NATO/WEU-Beitritt und damit zusammenhängend Berufsheer, Aufrüstung, Beteiligung an internationalen Operationen zur Stabilisierung von Westen gewünschter Regimes - lehnt die SOV ab. Wir lehnen eine Teil-



Fassellabend, der Nato-Fan

nahme am imperialistischen NATO/WEU-Militärpakt ab, ohne große Illusionen in die sogenannte Neutralität Österreichs zu schüren. Denn, wie die jetzige Praxis zeigt, verhält sich Österreich trotz Neutralität in vielen Konflikten eindeutig parteiergreifend für die Interessen der westlichen kapitalistischen Staaten (z.B. Golfkrieg). Schließlich gehört Österreich auch zu ihnen.

Regierung plant weitere Angriffe auf Öffentlich Bedienstete

Mehr privat?

„Wir werden uns ans Abschaffen gewöhnen müssen.“ Dieses Zitat des SPÖ-Vorsitzenden Klima faßt das Credo der Regierungspolitik zusammen: Der Staat braucht ein "Sparpaket". Wieder sind die öffentlich Bediensteten an der Reihe - Personalabbau, Aufnahme-Stopp, Null-Lohnrunden, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Verschlechterung der Pensionsversicherung und Privatisierung. Die Regierung startete eine mediale Attacke gegen die "BeamtInnen" - sie seien zu teuer und ineffizient.

von Thomas Kerschbaum
Personalvertreter / GdG

Klima im profil-Interview (14.4.97): "Wir werden den Kündigungsschutz und die Pragmatisierung à la longue nur noch auf jene Bereiche der Hoheitsverwaltung beschränken, wo es auch noch sinnvoll erscheint - etwa im Bereich der Exekutive und der Justiz. ..." Auf Dauer wären die vielen öffentlich Bediensteten nicht finanzierbar. "Dort, wo es einen funktionierenden Markt gibt, wird man Aufgaben, die bisher vom Öffentlichen Dienst erfüllt wurden, auch ausgliedern." Und, wenn es den Markt nicht gibt, dann werden Regierung & EU einen schaffen - hauptsächlich privat, damit das Kapital bisher verschlossene, weil staatlich organisierte Wirtschaftsbereiche, erschließen kann. Sparen, abschaffen, kürzen - diese Politik geht nicht nur auf Kosten der Öffentlich Bediensteten, sondern

auch auf Kosten aller Lohnabhängigen. Es wird bei der Ausbildung und im Sozialbereich gekürzt - aber nicht bei Polizei und Bundesheer.

In den letzten Jahren sorgten Öffentliche Dienstgeber dafür, daß die Arbeitslosenrate nicht allzu stark anstieg. 1993 verzeichnete die Beschäftigung im öffentlichen Sektor ein Wachstum von 3,5 %, während die Gesamtbeschäftigung um 0,3 % zurückging. Seit 1995 vollzieht die Regierung eine Kehrtwendung durch Aufnahme-Stopp und Änderung der Besetzungsvorschriften. Die Argumente, warum Österreich weniger "Staat" braucht, werden stetig wiederholt: "Reduzierung der Staatsausgaben", "mehr Effizienz durch mehr privat", "Deregulierung bringt Standortvorteile" und überhaupt: Die EU will das so und die öffentliche Wirtschaft und Verwaltung ist ja prinzipiell nicht effizient.

In einem Interview sagte der Wifo-"Experte" Geldner, worin der "Vor-

teil" von privaten Eigentümern liege - im Verhalten gegenüber den Beschäftigten: "Beim Maschineneinsatz oder etwa im Investitionsverhalten wurden kaum nachweisbare Effizienzsteigerungen in Folge von Privatisierungen registriert." Aber: "Der Grundkonflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird dadurch überlagert, daß sich der Arbeitgeber stets aufs Neue politisch legitimieren muß. Dieser kann deshalb in der Regel nicht jene Standfestigkeit gegenüber den Arbeitnehmern aufbringen, die eben in der Marktwirtschaft notwendige Rationalisierung durchbringt."

Teile und herrsche

Die Regierung spielt die Gewerkschaften, aber auch die Berufsgruppen gegeneinander aus. Die Regierung präsentierte eine Studie, wonach zigtausende Öffentlich Bedienstete überflüssig sind. Staatssekretär Ruttenstorfer fordert einen weitergehenden Abbau von "BeamtInnen", wenn die GÖD auch nur eine kleine Lohnerhöhung will. Außerdem polemisiert die Regierung gegen die Vorrückungen der Öffentlich Bediensteten im Lohnschema, die im Durchschnitt jährlich 1,5 Prozent Lohnerhöhung ausmachen.

Im Budgetplan der Regierung sind aber nur 1,3 % Steigerung der Lohnkosten vorgesehen, die Differenz zu einer Lohnerhöhung müßte also durch Rationalisierung hereingebracht werden. Es soll vor allem bei den LehrerInnen und in der Verwaltung, dann in den Bereichen Soziales und Gesundheit gekürzt werden.

Die GÖD-Führung hat keinen blassen Schimmer, wie sie den Angriff auf die Beschäftigten abwehren soll. Dohr und sein Nachfolger Neugebauer unterstützen politisch die Regierung. Diese Art von Gewerkschafter versucht, seinesgleichen zu schützen: ältere pragmatisierte BeamtInnen, in leitenden Positionen, kurz vor der Pension. Solidarität - ein Fremdwort? Es geht darum, den "normalen" Öffentlich Bediensteten zu vertreten. Die sogenannten Privilegien der "BeamtInnen" entpuppen sich immer als Privilegien der politischen Elite und der leitenden Beamten, aber nicht der Öffentlich Bediensteten als Ganzes.

Solidarität innerhalb der Gewerkschaft ist notwendig

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes analysieren die Pläne der Regierung, aber sie begreifen nicht die Dramatik der Entwicklung. Sie stehen wie gelähmt da und bejammern die Auswirkungen. Es ist aber an der Zeit, konkreten Protest



FCG'er Dohr: Kein Kämpfer

und Widerstand zu organisieren. Diese Deregulierung und Kürzungspolitik beschert uns einen "neuen" Staat, der nur seinen Repressionsapparat und seine Bürokratie als loyale Diener beschäftigt. Aber der "Staat", der Ausbildung, soziale Leistungen und Hilfe anbietet, ist in den Augen des Kapitals und der Regierung entbehrlich. Wir werden uns also kräftig wehren müssen, um auch nur unsere Positionen halten zu können. Wir brauchen gewerkschaftsintern eine klare Absage an Privatisierung und Deregulierung, damit die Gewerkschaften überhaupt in die Lage kommen, es mit der geschlossenen Front von Regierung und Kapital aufnehmen zu können.

Philips/Multiplex

Sonntags frei!

"Der arbeitsfreie Sonntag ist auch künftig Grundprinzip der Arbeitszeitgestaltung." (Verzetsnisch) Die neuen Gesetze zur Deregulierung der Öffnungszeiten und Flexibilisierung der Arbeitszeit haben aber eine Schleiße geöffnet. Unternehmer und WK setzen auf Zeit, bis die Gewerkschaften weichgeklöpft sind und die "Betriebspraxis" akzeptieren.

Philips will Sonntagsarbeit

Der Multi Philips will im Wiener Videowerk Sonntagsarbeit - für die "Bestückung von Printplatten für Videogeräte". Ein Antrag der WK wurde beim Sozialministerium eingebracht. Philips droht mit dem Platzen geplanter Investitionen in den Werken Lebring und Wien. Der Arbeiter-BR ist zwar prinzipiell gegen Sonntagsarbeit, aber unter dem Druck des Konzerns bereitet er "sozialverträgliche" Schichtmodelle vor. Die Sonntagsarbeit soll 350 von 2.200 Beschäftigten betreffen.

Multiplex - Aktion

Am 20.4. öffneten einige Unternehmer ihre Geschäfte im Multiplex-Center. Ein bewußter Rechtsbruch, um mit dem Hauptteil der SCS mitzuziehen. Dort kann bereits am Sonntag offen sein, weil Vösendorf als Tourismus-Gebiet gilt. Es gab einen medienwirksamen Protest der GPA, Fachgewerkschaft und AK wollen Klagen einbringen. AK-NÖ-Direktor Kaufmann erklärte die Aktion als "vorsätzlichen Gesetzesbruch und Provokation".

Vorkauf der Salinen Austria AG

Der Salzbaron!

Nach einigen gescheiterten Versuchen, größere Brocken der ehemaligen Verstaatlichten aufzukaufen, wurde der einstige Kronprinz Bruno Kreiskys, Hannes Androsch, nun von der ÖIAG zum neuen "Salzbaron" vom Ausseerland gekürt.

Von Ali Kropf
SOV Wien Süd

Nach langem hin und her ist nun die Entscheidung über die, bis jetzt im staatlichen Besitz befindliche "Austria Salinen AG", gefallen. Den Zuschlag erhielt der Ex-Finanzminister Hannes Androsch gemeinsam mit der oberösterreichischen Raiffeisen-Bank. In einer geschickten nationalistischen Kampagne gelang es Androsch und Raiffeisen, die anderen Mitbieter, wie die deutsche "Südsalz AG" oder den franko-amerikanischen Konzern "Salin du Midi" auszusteuchen.

Die lokale BürgerInneninitiative "Unser Salz" heizte die Stimmung vor Ort an und verlangte eine österreichische Lösung, anstatt den Betrieb an ausländisches Kapital zu verkaufen. Aber auch die Gewerkschaft und der Betriebsrat, der SP-Nationalrat Rainer Wimmer, unterwarfen sich dieser "Logik" des besseren - sprich österreichischen - Unternehmers. Und so wurde sogar mit Streik gedroht, falls nicht das Konsortium um Hannes Androsch den Zuschlag erhalten werde. Anstatt für einen Verbleib der Salinen in staatlichem Besitz und mehr Mitspracherecht der Beschäftigten zu kämpfen, begnügte man sich von Gewerk-

schaftsseite her mit einer "österreichischen Lösung". Aber auch die OÖ-Landes- und Regionalpolitiker stellten sich völlig auf die Seite von Androsch, da er als einziger ein umfangreiches Tourismuskonzept für das Salzkammergut miteinbezogen hatte. Denn durch dieses Konzept konnten sich Land und Gemeinden vor der Verantwortung davonstellen, die für diese Region wichtigen Tourismuseinrichtungen selbst zu errichten und zu tragen. Was ein Tourismuskonzept mit Salzbergbau zu tun haben könnte, läßt sich bereits erahnen - nämlich, daß mit dem Abbau der Salzproduktion der Ausbau der "Erlebniswelt Salzbergwerk" Hand in Hand gehen wird.

Die vorläufigen Besitzverhältnisse regeln, daß Androsch und Raiffeisen jeweils 48,75 % erhalten und die restlichen 2,5 % der Ex-Salinenchef Kurt Thomanek. Längerfristig kündigte Androsch bereits an, daß er vorhabe, auch die Belegschaft mit rund 10 % an der "Austria Salinen AG" zu beteiligen. Das wird wahrscheinlich aber erst dann sprechreif werden, wenn die ersten Rationalisierungsmaßnahmen ins Haus stehen. Dann werden den Beschäftigten ein paar Brösel hingeworfen, damit sie sich ruhig verhalten und keinen Widerstand leisten. Kaum eine



Profit durch Privatisierung

Woche nach dem Zuschlag verlauten die neuen Besitzer schon, daß sie sich um einen starken "Partner" umsehen werden, um auf dem europäischen Markt bestehen zu können. Als erster Anwärter dafür gilt der bereits bekannte Betrieb und ehemalige Konkurrent, die bayrische "Südsalz AG".

Androsch ist in den letzten Jahren nicht nur wegen dem Aufkauf verstaatlichter Betriebe wieder verstärkt in der Öffentlichkeit gewesen, sondern auch wegen seinem Versuch, die SPÖ in die Richtung der englischen Labour Party unter der Führung Tony Blairs zu lenken. Blair verkörpert für Androsch den neuen, modernen Typ des Sozialdemokraten, der "frei" von allen Traditionen der ArbeiterInnenbewegung und nur noch der Wirtschaft verpflichtet ist.

Lauda/Conti

Laudas Reifen

Die 55 Filialen des größten Reifenhändlers Österreichs, „Profi Reifen Service G. m. b. H.“, bekommen ab Mai einen neuen, „vielversprechenden“ Namen: „LAUDA'S CAR-FOX“. Nach der lohnenden „Kooperation“ der Lauda Air mit der AUA (wir berichteten), nun eine weitere Auffüllung des Kontos des Gewerkschaftsfeindes, der - laut gutinformierten Kreisen - mehrere Millionen nur für die Zurverfügungstellung seines Namens und nicht näher definierter „Beraterfähigkeit“ kassiert.

Laut Profi Reifen soll natürlich auch das Service auf „Lauda-Standard“ gebracht werden. Mittagspausen wurden abgeschafft, die Arbeitszeiten „flexibel“ verlängert, ältere Beschäftigte in den Ruhestand geschickt und durch jüngere=billigere ersetzt... So dürfen sich die über 400 Beschäftigten auf den kommenden „Lauda-Standard“ freuen. Der „Beraterstabsrat“ schweigt jedenfalls dazu...

Bei Erfolg soll Lauda auch am Gewinn beteiligt werden, eine Kapitalbeteiligung seinerseits stellt er in Aussicht. Profi Reifen ist ein Tochterunternehmen der deutschen Continental AG, die im Semperit-Werk Traiskirchen hunderte Arbeitsplätze vernichtet hat. Lauda als Imageträger dürfte man sich geholt haben, um die europaweit negativ bilanzierenden Handelsgesellschaften wieder in die „Gewinnzone“ zu führen. Und das obwohl die Konzerngewinne 1996 um 68,2 % (!) auf 65 2,3 Milliarden stiegen. Im gleichen Zeitraum wurden 3.151 Arbeitsplätze vernichtet! (Alle Zahlen aus: „Conti Intern“ - April 1997)

Der EURO führt zu weiteren Kürzungen und Sozialabbau

Nein zu EURO und Maastricht

Nach dem versprochenen Ederertausender versucht uns die Regierung ein weiteres Mal für dumm zu verkaufen: Die Einführung des EURO brächte nun die entgültige Einigung Europas und wichtige Vorteile, wie die Abschaffung der Wechselgebühren bei Geldumtausch beim Auslandsurlaub. Vergessen wird allerdings, daß sich aufgrund der Entwicklung der Löhne und der Sparpolitik, nur mehr ein Drittel der Bevölkerung einen solchen Urlaub leisten kann. Doch wie sehen die Perspektiven für die Wirtschafts- und Währungsunion - jenseits der Plattheiten der Regierungspropaganda - aus?

von John Evers
SOV Wien Mitte

"Die Währungsunion ist Ausdruck des Willens der Menschen und Länder Europas, enger und wirksamer zum gemeinsamen Nutzen zusammenzuarbeiten." (Theo Waigel, deutscher Finanzminister). Die Bilanz der bisherigen Schritte - zur Währungsunion "für die Menschen in Europa", ergibt allerdings ein erschütterndes Bild: 20 Millionen ohne Arbeit, 50 Millionen leben in Armut. Zusammengewachsen ist in Europa vor allem die Politik der Regierungen: Sozialabbau und Sparpolitik auf dem Rücken der Masse der Bevölkerung. Nach außen hin wurde durch das Schengener Abkommen ein neuer eisener Vorhang aufgezogen. Die Wahrheit ist immer konkret und die Folgen dieser gesamten Linie ebenfalls: Daß in Großbritannien zwei Millionen Schulkinder unterernährt sind, ist genauso ein Ergebnis dieser Politik, wie der Einsatz von Kriegsschiffen gegen Menschen, die vor Not und Verfolgung flüchten.

"Bei Maastricht ist der Weg auch ein Stück weit das Ziel, erlaubt es doch den Regierungen und Parlamenten, von ihren Völkern entscheidende Stabilitätssopfer zu verlangen." (derselbe Waigel). Maastricht ist ein

gemeinsames Projekt der Unternehmender Europas um Sozialabbau durchzuführen. Es ist ein neoliberales Projekt, bei dem Kriterien wie Geldwertstabilität und Verschuldung (und nicht Wachstum, Arbeitslosigkeit...), zählen. Aber es ist ebenfalls der Versuch, auf kapitalistischer Grundlage durch eine einheitliche Währung den Nationalstaat zu überwinden und den USA und Japan einen ebenbürtigen Konkurrenten entgegenzustellen.

"Historische" Mission EURO

Tatsächlich ist der Haupttrend nicht die "Globalisierung" - also die Herausbildung einer schrankenlosen Weltwirtschaft. Der Wegfall des Ost-West-Konflikts hat zu einem stärkeren Hervortreten der Konkurrenz zwischen den USA, Japan und der EU geführt. Begleitet war diese Entwicklung durch eine stärkere innere Integration in diesen drei Blöcken. Doch während die USA und Japan jeweils unangefochten die Nr.1 sind, ergeben sich aus dem zunehmenden deutschen Einfluß in der EU Spannungen und Probleme. Die deutsche Bourgeoisie begegnete diesem mit der Forcierung des Maastrichtprojekts, der Fiktion, Nationalstaaten und damit nationalstaatliche Bourgeoisien zu überwinden. Ein neuer -der stärk-

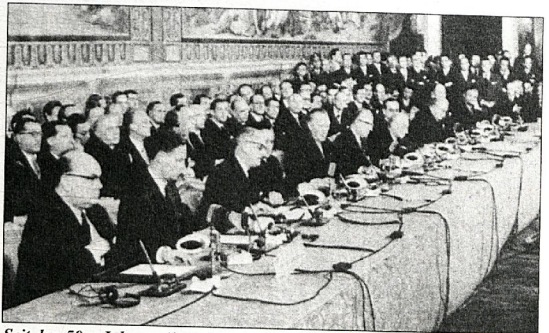
ste Wirtschaftsraum der Erde soll so entstehen.

Eine unendliche Geschichte

Weltweite Produktion und Nationalstaat ist eines der Hauptwiderspruchspaare im Kapitalismus. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hatte der Versuch diesen Widerspruch auf kapitalistischer Grundlage zu überwinden, zwei Weltkriege zur Folge. Aber auch die Entwicklung nach 1945 zeigt, daß Intergration nur zu Zeiten einer boomenden Weltwirtschaft möglich war. Auch diese Formen des Zusammenwachsens waren begrenzt. Das internationale Währungssystem fixer Wechselkurse wurde mit dem Dollar als Leitwährung nach dem Krieg errichtet. Es brach im Vorfeld der ersten Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre zusammen. Der Versuch, in Europa einen Hartwährungsblock zu errichten, überlebte diese Krise ebenfalls nicht. Erst 1979 nahm man einen neuen Anlauf: Das "Europäische Währungssystem" (EWS) - ebenfalls ein System fixer Wechselkurse - wurde installiert. Bis zum Jahre 1987 gab es elf Neufestsetzungen der Wechselkursparitäten, die fast zur Zerbröselung des EWS führten. Das Jahr 1989/90 markierte eine

kurzfristige Trendumkehr: Die deutsche Vereinigung bescherte Europa eine Sonderkonjunktur und einen Integrationschub unter Führung Deutschlands. Am Höhepunkt dieser Entwicklung wurde der Vertrag von Maastricht abgeschlossen. Zur gleichen Zeit brach das EWS auseinander

Probleme das Defizit in den Griff zu bekommen. Ein "Frisieren" der Bilanzen ist jetzt überall im Gange: Italien will die Schwarzarbeit in das Volumen der Volkswirtschaft einbeziehen (um so im Verhältnis die Verschuldung zu reduzieren), Deutschland will sich die Kosten für die Ver-



Seit den 50er Jahren gibt es Versuche in Richtung gemeinsamer Währung

der - die Wechselkurse wurden mit 15 Prozent Schwankungsbreite (jeweils nach oben und unten) de facto freigegeben. Bis heute hat es keinen Versuch der Wiederbelebung des EWS gegeben. Alleine schon die Betrachtung der bisherigen Entwicklung demonstriert, daß es schon bisher keine kontinuierliche Integration in der EG/EU gab.

einigung anrechnen lassen... Der tollste "Trick" ist allerdings die Ausgliederung. Leistungen, die mindestens zur Hälfte kostendeckend sind, dürfen aus dem Budget ausgelagert werden. So schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe: Die Zahlen werden geschönt, Tarife erhöht, staatliche Dienste reduziert und durch die Ausgliederung die vollständige Privatisierung vorbereitet.

EURO-Stufenplan und Ziele

Mit dem Jahr 2002 soll der EURO eingeführt werden. Das stellt zunächst eine Verschiebung um zwei Jahre dar - ursprünglich war das Jahr 2000 vorgesehen. Im Frühjahr 1998 soll auf Grundlage der Wirtschaftsdaten von 1997 über den entgültigen Kreis der Teilnehmer entschieden werden. 1999 werden laut Plan zwischen den betroffenen Staaten unwiderruflich fixe Wechselkurse beschlossen. Die Kontrolle über Zinsen und Währungen - also die gesamte Geldpolitik - wird einer europäischen Zentralbank übergeben. Die Wechselkurse müssen über zwei Jahre hindurch eingehalten werden - um eben im Jahre 2002 die nationalen Währungen durch den EURO zu ersetzen. Die Ziele sind im Wesentlichen: Nationale Alleingänge auszuschalten, die Staaten zur eisernen Budgetdisziplin anzuhalten und ein Gegenwicht zum Dollar aufzubauen. Vor allem sollen auch so die Rahmenbedingungen für das Finanzkapital entscheidend verbessert werden. Hohe Verschuldung und niedrige Zinsen würden dem im Wege stehen - nicht zuletzt deshalb sieht das Maastrichtkonzept hier eine strenge Reglementierung vor.

In der EU sind vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und Produktivität stark unterschiedliche Staaten und Regionen zusammengefaßt. Das Verhältnis des jeweiligen Bruttosozialproduktes pro Kopf zwischen dem reichsten und dem ärmsten Staat der EU beträgt 1 : 4,5. Bei der Produktivität gibt es ein Gefälle von bis zu 40 %. Nationale Währungen sind eine Möglichkeit, wirtschaftliche Probleme und Ungleichheiten in der Entwicklung abzufedern. Niedrige Zinsen können als Mittel eingesetzt werden, um die Konjunktur zu beleben. Diese Möglichkeiten würden durch die Einführung des EURO theoretisch wegfallen. Gleichzeitig bleiben 99 % des Budgets unter Kontrolle der jeweiligen Nationalstaaten. Das heißt, daß es zwar eine übernationale Währung geben soll, aber keinen Staatsapparat und keine übernationalen budgetären Instrumente, um diese Währung zu (unterstützen, bei Problemen zu intervenieren ...

Wirtschaft im Abwertrend

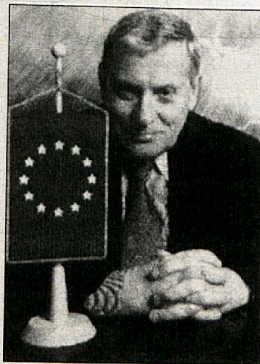
Der entscheidende Faktor, ob diese Widersprüche abgeschwächt werden oder verstärkt aufbrechen, ist die wirtschaftliche Entwicklung. In Krisenzeiten neigen die Bourgeoisien dazu, protektionistische Maßnahmen zu setzen. Das bedeutet z.B. den Einsatz von Subventionen um im Standortwettbewerb zu bestehen. Ebenso spielt in solchen Zeiten die nationale Währungs- und Zinspolitik wieder eine größere Rolle. Der Zusammenbruch des Europäischen Währungssystem (EWS) 1992 stand in engem

Kampagnenstart ging in die Hose!

"Wess' Geld ich nehm, dess' Lied ich sing"

Im Juni 1994 stimmten 66 % für den Beitritt zur EU. Vorhergegangen war eine Propaganda-Welle: Von den Banken bis zum ÖGB trommelten alle für den Beitritt und verwiesen jede kritische Äußerung ins Reich des Sektierertums. Das bewährte Konzept sollte nun wiederholt werden. Doch der frischgebackene EURO-Informationsbeauftragte Raab ist bereits wieder zurückgetreten.

"Groupeuro" heißt das Codewort mit dem die EU-Kommission eine Gruppe von Wissenschaftlern aus allen EU-Mitgliedsländern bezeichnet. Auftrag ist, gegen Bezahlung Propaganda für den EURO zu verbreiten. Wissenschaftler und Bankfachleute, die ständig auf ihre "Objektivität" pochen, haben sich vertraglich dazu verpflichtet, "keine der Kommission widersprechenden Ansichten auszu-drücken". Neben Fachleuten von Bank Austria, Wirtschaftskammer... befinden sich auch Walterskirchen und Wörgötter von den „unabhängigen“ Instituten WIFO und IHS auf der EU-Liste. Die Arbeiterkammer ist durch Bruno Rossmann vertreten. Bemerkenswert ist, daß der (inzwischen zurückgetretene) Mister EURO Gustav Raab, der vor wenigen Wochen noch eine ausgewogene Informationskampagne der Bundesregierung versprach, sich ebenfalls im Solde der EU-Kommission befindet. Mindestens vierzig Millionen an



Raab: Unglaublich!

Schritt, aber viel zu wenig, um die Glaubwürdigkeit nicht völlig zu verlieren. Denn nicht zuletzt wegen der Propaganda von Gewerkschaften und Arbeiterkammer haben vor drei Jahren viele ArbeitnehmerInnen für den Beitritt gestimmt. Anders als beim EU-Beitritt öffnet sich allerdings durch die vorsichtige Distanzierung von ÖGB und AK auch in Österreich langsam ein Raum, der Ansatzpunkte bietet, um erfolgreich Widerstand gegen Maastrichteuropa auf die Beine zu stellen.

Europäische Realität und Widersprüche

Tatsächlich erfüllte 1996 kein Mitgliedsstaat der EU (außer Luxemburg) die Konvergenzkriterien. Auch der "Erfinder" der Kriterien - Deutschland - hat aufgrund der galopierenden Arbeitslosenrate massi-

Mastricht!

Zusammenhang mit der Rezession 1993. Die jetzigen Wachstumsraten sind mit rund 2%/Jahr auf einem historischen Tiefpunkt - der Kapitalismus weltweit und besonders in Europa befindet sich in einer langanhaltenden Niedergangphase. Die steigenden Arbeitslosenzahlen zeigen, daß auch dieses Wachstum kaum eine realwirtschaftliche Grundlage hat - das einzige, was tatsächlich boomt, ist die Spekulation. Auf Basis dieser Entwicklung werden die Widersprüche zwischen den Bourgeoisien eher zu als abnehmen. „Das Weltsozialprodukt wird in den nächsten Jahren nicht wachsen, sondern schrumpfen. Die internationalen und politischen Spannungen werden zunehmen. Separatistische Strömungen, lokale und nationale Autonomie werden wieder wichtiger. Sie werden dominierender werden als die großen Intergrationsideen.“ (Prof. Fredmund Malik, lt. Profil strategischer Berater zahlreicher europäischer Unternehmen und der ÖVP).

Eine Rezession vor 2002 würde den EURO mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit beerdigen.

Paradoxe Weise

Design für die Schublade



Mögliche Szenarien

Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß eine „kritische“ Menge von Sta-

ten es gerade auch die Sparmaßnahmen im Zuge der Erfüllung der Maastrichtkriterien, die die Nachfrage dämpfen und die Konjunktur somit weiter abschwächen. Der konservative Ökonom Streißler prophezeit in der „Presse“: Durch die Einführung des EURO käme es zu fünf Jahren Rezession.

Ein weiterer Punkt bei dem die Widersprüchlichkeiten des EURO-Projektes voll aufbrechen werden, ist die Frage der Teilnehmer. „Im Falle Frankreichs und Deutschlands habe die EU-Kommission die jeweils günstigste Variante ihrer Prognose angelegt; bei Italien die schlechteste ... Die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion sei eine „eminente politische Frage“, zitiert die Presse den italienischen Ministerpräsidenten Prodi und gibt ihm recht. Die unterschiedlichen Interessen einzelner Staaten und Fraktionen der Bourgeoisie (Frage der Teilnahme, Härte der Währung,...) - könnten den EURO „statt zum Treibmittel zum Sprengmittel“ für die EU werden lassen (der Chef der deutschen Bundesbank im Profil).

„drei Jahre lang Konvergenzkriterien und Wechselkurse im notwendigen Verhältnis einhalten, würde der EURO 2002 eingeführt. Das würde zunächst eine weitere Spaltung Europas in einen „EURO-Kern“, einige „Trabantenstaaten“ und Staaten, die ihren wirtschaftlichen Bezugspunkt verstärkt im außereuropäischen Raum suchen, bedeuten. In der „EURO-Zone“ würden Volkswirtschaften mit unterschiedlicher Produktivität in den Ring geschickt, wie bei einem Boxturnier in dem plötzlich die Gewichtsklassen aufgehoben werden. Die Ungleichheit der Regionen wird vor diesem Hintergrund weiter wachsen, mit allen sozialen und politischen Konsequenzen. Die Forderungen nach Strukturförderungen würden einem wachsenden Chauvinismus in den reicheren Gebieten gegenüberstehen. Ein Beispiel für die Größenordnung der Probleme: Die deutsche Regierung pumpst seit der deutschen Währungsunion in das Gebiet der ehemaligen DDR rund 200 Mrd Mark, um die regionalen Unterschiede und Spannungen abzufedern. Dem Strukturfonds der gesamten EU stehen insgesamt nur 50 Mrd Mark jährlich zur Verfügung.

Enormer Sprengsatz ist das Aufbrechen kurzfristig gestoppter Budgetlöcher. Auch ist die Frage offen, welches Vertrauen Kapitalanleger in den EURO haben würden. Wirtschaftliche und soziale Probleme würden dazu führen, daß die Regierungen verstärkt zu Subventionen greifen, der Druck, Transfer- und Ausgleichszahlungen zu tätigen, erhöht sich.



Die deutschen Metaller sagen Kohl die Meinung

Wenn auch nur eine einzige Regierung nachgibt, kommt die gemeinsame Währung unter Druck: Die Folge ist Kapitalflucht. Ein Krach der Finanzmärkte wäre (im Gegensatz zu den Behauptungen, daß diese besser kontrolliert werden könnten) die wahrscheinliche Folge. Je näher wir der EURO-Einführung kommen, desto größer werden die Widersprüche und Spannungen zwischen und in den EU-Staaten. Politisch drückt sich das in einer Zunahme von Klassenkämpfen, aber auch Nationalismus und Regionalismus aus.

Das Problem der Bourgeoisie ist: Sie hat kein Alternativkonzept. Das Nichtzustandekommen des EUROS würde zu einer Stärkung der deutschen Mark (als europäische Ersatz-Leitwährung) führen. Das hätte ei-

nerseits verheerende Folgen für die exportorientierte deutsche Industrie, die schon jetzt unter der hohen DM leidet. Andererseits würde eine DM-Zone in Mitteleuropa entstehen, mit osteuropäischen Staaten als Hinterhof. Mit einer entsprechenden Reaktion anderer EU-Staaten - vor allem Frankreichs wäre zu rechnen. „Wir wären gegen alle und alle gegen uns“ brachte der deutsche Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt eine solche Situation auf den Punkt.

Doch im Moment stellt ohnehin keine Regierung den Termin in Frage. Wohl weniger, weil an diesen wirklich geglaubt wird, sondern, weil „Wer den Termin in Frage stellt riskiert, daß der Zwang zur Disziplinierung verloren geht.“ (Zitat: Bund der deutschen Industrie).

Linke und rechte EURO-GegnerInnen

Der EURO ist nicht „das“ Problem

So wie Maastricht das Hauptprojekt der Bourgeoisie in Europa ist, wird der „Kampf gegen den EURO“ der Sammlungspunkt der europäischen Rechten werden. Sie können auf günstigen Wind hoffen: Die Widersprüche des Maastrichtkonzepts, die leeren Versprechungen und die zunehmende Instabilität schaffen Raum für nationalistische Stimmungen. Entscheidend wird sein wie sich Gewerkschaften, ArbeiterInnenbewegung und Linke einbringen.

Der Großteil der aktiven Linken lehnt Maastricht und die Einführung des EURO ab. Das ist richtig so und schafft Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten. Aber um welche Inhalte und Forderungen kann eine eigenständige linke Positionierung erfolgen? Schon bei der Debatte um den EU-Beitritt wurde von vielen der Fehler gemacht, sich die Fragestellung von den Bürgerlichen aufzwingen zu lassen: Das (vermeintlich) unabhängige kapitalistische Österreich wurde der EU als „die“ Alternative entgegengestellt. Doch genau so wenig wie das kapitalistische Österreich war und ist der Schilling eine Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung. Gerade die bisherige Koppelung des Schillings an die D-Mark beweist wie lächerlich die Argumentation von Unabhängigkeit

und „Schillingschützen“ ist.

Nicht die Frage der Währung an sich ist das Problem: Es ist nicht entscheidend, ob die ArbeitnehmerInnen in Dollar, Lira, EURO oder Schilling bezahlt werden. Die einzig interessante Frage ist, wie die Löhne im Verhältnis zu den Preisen stehen und sich entwickeln. Gerade auch die Diskussion über die Härte des EURO bzw. Schillings zeigt, daß wir uns die Themenstellung nicht einfach vorgeben lassen dürfen. Die Entscheidung über Hart oder Weichwährung widerspiegelt nur unterschiedliche Konzepte und Interessen verschiedener Teile der Bourgeoisie. Für die ArbeiterInnenbewegung sind andere Fragen relevant: Sie muß sich durch Forderungen, wie eine automatische Inflationsabgeltung (eine solche gleitende Lohnskala gab es

z.B in Italien) eigenständig positionieren.

Aber es gibt auch „linke“ EURO-Befürworter - wie die Autoren des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“ und diverse SPÖ- und GrünpolitikerInnen. Sie sehen den EURO als Möglichkeit, dem „bösen“ japanischen und US-Kapital einen „guten“ europäischen Widerpart gegenüberzustellen.

Dieser Ansatz geht an der Realität vorbei: Maastricht ist das Projekt, mit dem auch in Europa „amerikanische“ und „asiatische“ Sozialstandards eingeführt werden sollen. Das Wesen des Kapitalismus und das Streben aller Kapitalisten - egal, ob europäischer oder sonstiger Herkunft - nach möglichst geringen Lohnkosten und einem Abbau des Sozialstaates, wird ignoriert. „Ideologisch“ begeben sich die „linken“ EURO-Befürworter im Grunde auf die selbe Schiene wie die nationalistischen EURO-Gegner. Statt Nationalismus verbreiten sie eben einen europäischen Chauvinismus.

EURO/Maastricht sind das gegenwärtige Hauptprojekt der Bourgeoisie.



Internationale Solidarität bei Renault - so gehts!

sie. Es ist die „Automatisierung“ des sozialen Kahlschlags in Europa. Dieser Mechanismus muß aufgedeckt, bekämpft und zerschlagen werden. Doch sollte Maastricht nicht zuletzt an seinen inneren Widersprüchen scheitern, haben die Unternehmer andere Projekte und Konzepte bereits in der Tasche. Haider, Le Pen und Konsorten sagen „der EURO ist das alleinige Problem“ und schlagen gleichzeitig Sanierungskonzepte vor,

die Maastricht noch bei weitem übertreffen. Die FPÖ fordert - ähnlich dem ultrarechten Flügel der US-Republikaner - eine gesetzliche Beschränkung der Staatsverschuldung. Nicht der Schilling oder der EURO sind das Problem, sondern der europaweite Sozialabbau. Der Kampf dagegen ist das einzige Konzept, wie Maastricht und nationalistische Gegenentwürfen erfolgreich verhindert werden können.

Nach Goldbergers Drogen-Ödium

Drogen: Mit zweierlei Maß!

Wie heuchlerisch in Österreich mit dem Problem Drogen umgegangen wird, zeigt sich im Fall Goldberger in seiner vollen Tragweite. Während für den durchschnittlichen Jugendlichen das Haschisch-Rauchen schon zum massiven Problem mit den Behörden werden kann, rollt die große „Goldi Solidaritätswelle“. Gleichzeitig sterben am Wiener Karlsplatz weiterhin Jugendliche an einer Überdosis Heroin.

von Michael Gehmacher, SOV Wien West

An vorderster Front befindet sich wie immer die „Kronenzeitung“. Jahrelang machte sie Stimmung gegen Süchtige, forderte härteres Durchgreifen der Polizei, usw. Gerade „Koks“ (Kokain) wird von der „Krone“ sonst eher im Zusammenhang mit StudentInnen, die sich gegen Sozialabbau wehren oder Flüchtlingen aus Nigeria genannt. Aber bei „Goldi“ ist alles anders, denn „Der Andi kann gar nicht lügen“, erklärt Goldbergers Mutter treuherzig in der Sonntags-Krone. Falls Goldberger wirklich nur einmal „probiert“ hat, kann natürlich

die Frage gestellt werden, ob es in Ordnung ist, daß Goldberger vom ÖSV gesperrt wurde. Genauso berechtigt ist dann aber auch die Frage, ob es korrekt ist, einen Jugendlichen aus der Schule zu werfen, nur weil er mit einem Joint erwischt worden ist. Während die Nation um „Goldi“ trauert, bleiben die 126 Drogentoten pro Jahr relativ unbeachtet.

Kein Wunder, handelt es sich dabei, wenn es nach der „Krone“ geht, um irgendwelche (meist arbeits-scheuen) „Giftler“ und nicht um einen „fischen Bauernbuben“, der für Österreich springt und damit „für uns“ was leistet. Goldberger weiß, daß er dem Bild des Österreicherers entspricht, das sich viele reaktionäre

Institutionen in Österreich wünschen. Aber noch etwas verzeihen die reaktionären Meinungsmacher ohne Probleme: Alkohol.

Die gesellschaftliche Akzeptanz bei dieser Droge ist, angesichts rund 1.000.000 Alkoholgefährdeter in Österreich, zwar wesentlich höher als jene bei den „illegalen“ Suchtgiften, aber hier steckt eine mächtige Lobby von Brauern, Winzern, Fremdenverkehr... dahinter, die sich entsprechend mehr Gehör verschaffen kann. Bei „Goldi“ darf es dann sogar Alkohol am Steuer sein. Das ist zwar die Hauptunfallursache im Straßenverkehr, aber wenn „Goldi“ besoffen einen Autounfall baut, ist alles nur „a lustige G'schicht“ (Goldberger bei Vera).

Eine ehrliche Diskussion über die Drogenproblematik müßte bei den Ursachen wie z.B. schlechte Arbeitsbedingungen, Streß in der Schule, im Betrieb sowie über Probleme auf zwischenmenschlicher Ebene beginnen. Gerade auch SpitzensportlerIn-

nen sind hier besonders betroffen. Sie werden „ganz legal“ mit allen möglichen Mitteln perfekt für die Interessen der Industrie und Werbung getrimmt. Interessant ist in dem Zusammenhang übrigens, daß „Red Bull“ - ein Energydrink, der gerne zum Mischen mit Drogen verwendet wird - den Werbevertrag mit „Goldi“ vorerst nicht kündigte.

Solche Fragen sind natürlich ein äußerst lästiges Thema. Aber wir brauchen uns keine Sorgen machen: „Krone“, „Täglich Alles“ und Co werden den „Herzige Österreicher“ nicht untergehen lassen. Schlimmstenfalls würde er ja „im Herzen für Österreich“, notfalls auch für einen anderen Verband springen („Goldi“ zu Vera).



Da wurde Goldi schlecht...

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextrémismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische Ar-

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschafts-diktatur der Unternehmer. Für die Verge-sellschaftung der Schlüssel-industrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. So-für gleich-rätischer

ewegung nen. Wir Oppositi-onsvertre-ten und erk-schaffen mit-ründung sive Vor-sein. ueuen in-tenbewe-

SOV Abo-Karte

Die Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche Vorwärts heraus.

Das neue Vorwärts gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein Vorwärts-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- .. Stück Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein Vorwärts-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der SOV und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der SOV werden!

TERMINE

- 8.5. „Peru“ Regionalgruppe NÖ
- 10.5. „Wahlen in Britannien - Wohin geht Blair?“ Regionalgruppe OÖ
- 13.5. „Bericht über die Arbeit des CWI“ OG Wien Ost
- 13.5. GRÜNDUNGSVERANSTALTUNG DER OG SÜD
- „Die SOV stellt sich vor!“ OG Wien Süd
- 14.5. „Wie kämpfen gegen die FPÖ?“ OG Wien Mitte
- 23.5. „Marxistische Wirtschaftstheorie“ OG Wien Nord
- 26.5. „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ mit Gleichbehandlungs-anwältin Nikolay-Leitner FrauenStammtisch
- 27.5. „Nato, Neutralität, oder was sonst?“ OG Wien West
- 28.5. „Gegen Arbeitslosigkeit - Aber wie?“ GewerkschaftsStammtisch

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppe! Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

- Ortsgruppe Wien Süd:** jeden Dienstag 19 Uhr
5; Jugendzentrum Grünwaldg.4
- Ortsgruppe Wien Mitte:** jeden Mittwoch 19 Uhr
7; Stüftg.8, „Amerlinghaus“
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“
16; Payerg.14
- Ortsgruppe Wien Nord:** jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2; Arnezhofersg.8

Ortsgruppe Wien Ost:

jeden Dienstag, „Zentrum Erdberg“
3; Lechnerstr.2-4; 19.30 Uhr

GewerkschaftsStammtisch:
jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

FrauenStammtisch
jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

jeden Samstag 14 Uhr
„Haus der internationalen Jugend“
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

Niederösterreich - Wr. Neustadt

jeden Donnerstag 19.00 Uhr
Bahnhofsrestaurant Wr. Neustadt

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Februar bis April: öS 70.000,-
davon erreicht: 75 %
Aprilziel erreicht: 78,5 %
Ziel Mai bis Juni: öS 80.000,-
Besonderer Zeitungsverkauf:
Bei den Straßenaktionen zu Frauen-volksbegehren und Euromarsch! Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!



Neues aus dem CWI

Schweden

Neue sozialistische Partei

Die schwedische Schwesterorganisation der SOV, der "Arbeiterförbundet Offensiv", hat auf ihrer Konferenz im April die Gründung einer neuen sozialistischen Partei beschlossen. Die Verbürgerlichung der schwedischen Sozialdemokratie und auch der rasche Rechtsruck der "Linkspartei" - sie beteiligt sich aktiv an der Sozialabbaupolitik - machen diesen Schritt nötig. Der Gründungskongress wird am 27./28.9. stattfinden. Die schwedischen GenossInnen haben vor, ihre Mitgliedschaft in den ersten Wochen nach der Gründung zu verdoppeln.

Britannien

SozialistInnen kandidieren

Viele ArbeitnehmerInnen werden am 1. Mai Labour gewählt haben, um die verhaßte Tory-Regierung endlich los zu werden. Tony Blair hat bereits angekündigt, mit der Privatisierung und Anti-Gewerkschaftspolitik dort weiter machen zu wollen, wo Major aufhörte. Schon jetzt eine unabhängige, sozialistische Alternative vorzubereiten, ist deshalb von besonderer Wichtigkeit. Die britischen GenossInnen der SOV von der "Socialist Party" (SP) kämpfen in 28 Wahlkreisen um einen Sitz im Unterhaus. In Schottland tun sie das im Rahmen der "Socialist Alliances" gemeinsam mit anderen linken Kräften. Gleichzeitig werden auch KandidatInnen von Arthur Scargills "Socialist Labour Party" (SLP) durch die SP aktiv unterstützt - auch wenn Absprachen und eine eventuelle gemeinsame Kampagne/Kandidatur von der SLP-Spitze verhindert wurden. Die Chancen, tatsächlich einen Sitz zu erobern, sind - nicht zuletzt wegen des Wahlrechts - äußerst gering. Trotzdem sind Kandidatur und Wahlkampf ein Mittel, sozialistische Positionen in die politische Landschaft einzubringen. Alleine die Tatsache, daß ehemalige linke Labour-Abgeordnete, Gewerkschafts-aktivistInnen, Jugendliche aus der Antirassismusbewegung, etc. sich im Rahmen der "Socialist Party"-Kampagne zur Wahl stellen, ist ein wichtiges Signal.

Chile

Linke Gewerkschafter

Unzufriedenheit über die Politik der Gewerkschaftsführung führte zur Gründung eines linken Koordinationskomitees auf Initiative der TextilarbeiterInnengewerkschafterin Vilma Alfarez, Mitglied der chilenischen Sektion des CWI. Das Komitee wird von vier Einzelgewerkschaften unterstützt. Alfarez hat gute Chancen, im Juni zur neuen Vorsitzenden der TextilarbeiterInnengewerkschaft gewählt zu werden.

Peru

Fujimori schickte die Killer

Am 17. Dezember nahmen Mitglieder der "Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA)" in der japanischen Botschaft in Lima etwa 490 internationale Diplomaten und hohe Politiker als Geiseln. Ein Großteil wurde nach und nach freigelassen. Am 22. April ließ Perus Präsident Alberto Fujimori die letzten 72 Geiseln nach 126 Tagen befreien; die 14 Geiselnahmer ließ er erschießen.

von Stefan Kerl,
SOV Wien Nord

Fujimori wird von den Medien als strahlender Sieger über den Terrorismus gefeiert. Er habe Peru durch ein neoliberales Konzept aus der Wirtschaftskrise geführt, die Guerillaorganisationen "Leuchtender Pfad" und MRTA erfolgreich bekämpft und Peru in einen stabilen demokratischen Rechtsstaat verwandelt.

Neoliberalismus und Armut

Peru ist von krassen Gegensätzen zwischen vielen sehr Armen und wenigen sehr Reichen gekennzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt ist durch Fujimoris neoliberale Politik zwar um ca. 10% gestiegen; jedoch betrug der Anteil jener Menschen, die in absoluter Armut leben, an der Gesamtbevölkerung beim Regierungsantritt Fujimoris (1990) ca. 32%, 1994 lag er bei 45,8%. Durch massive Privatisierungen sind heute drei Viertel der Bevölkerung unterbeschäftigt oder überhaupt arbeitslos. Die Alphabetisierungsrate liegt bei 11%.

Der "Demokrat" Fujimori setzte 1992 die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und unternahm mit Hilfe des Militärs drakonische

Säuberungsaktionen unter seinen politischen Gegnern. Im Kampf der staatlichen Sicherheitskräfte gegen die Guerilla wurden alleine 1991 über 3000 Menschen getötet.

Laut Menschenrechtsorganisationen wendet die Polizei bei ihren Verhören "mit großer Häufigkeit" Folter an. Aufgrund des unter Folter abgelegten Geständnisses werden die Verdächtigen dann von anonymen Gerichten im Schnellverfahren abgeurteilt. Die Haftbedingungen sind erbärmlich: Die Häftlinge sitzen in 2x2 Meter großen Zellen, dürfen pro Tag lediglich 30 Minuten im Freien verbringen und haben keinen Zugang zu Lektüre. Viele der Gefangenen sind krank, leiden an Unterernährung oder akuten Sehstörungen.

Widerstand

Aufgrund dieser Verhältnisse des es nicht verwundern, daß es Widerstand gegen die Regierung Fujimori gibt. Die MRTA hat durch das Überfallen von Banken und Lebensmittellagern und anschließende Verteilung der Beute an die Armen ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht. Fujimori hat die MRTA seit seinem Regierungsantritt durch Todesurteile und Verhaftungen empfindlich ge-

schwächt. Vor wenigen Jahren verkündete er den "Sieg über den Terrorismus". Diese Aussage wurde durch die Geiselnahme der MRTA am 17. Dezember Lügen gestraft. Die wichtigsten Forderungen der MRTA-Guerilleros/as waren: die Freilassung ihrer über 400 inhaftierten GenossInnen und eine Abkehr von der neoliberalen Politik. Entgegen der Darstellung in den bürgerlichen Medien erfreute sich auch diese Aktion und die Forderungen der MRTA einer relativ hohen Akzeptanz in den armen Bevölkerungsschichten.

Die "Befreiung"

Entgegen Fujimoris Beteuerungen, die Geiselnahme friedlich beenden zu wollen, liefen schon seit Monaten die Vorbereitungen zur Ermordung der Botschaftsbesetzer. Tunnels unter der Botschaft wurden gegraben, in Nachbauten der Residenz wurde der Einsatz geübt. Bei der „Befreiung“ gingen 140 Elitekämpfer gegen die 14 GeiselnahmerInnen vor. Die 14 Guerilleros/as und zwei Soldaten wurden bei der Aktion getötet; eine Geisel starb kurz darauf im Krankenhaus an einem Herzinfarkt. Die Soldaten und Alberto Fujimori werden als Helden gefeiert, die Medien sind voll Mitleid mit der zu Tode gekommenen Geisel; die 14 ermordeten KämpferInnen der MRTA werden nicht einmal ordentlich begraben. Fujimoris Aktion ist tatsächlich nichts als nackter Terror gewesen. Der Auftrag der Spezialeinheit lautete:



Fujimori: Präsident der Reichen

„Keine Gefangenen machen! Eindringen und töten!“ So wurden auch die vier jüngsten KämpferInnen, die im Funkraum überrascht wurden und sich angesichts der Übermacht sofort ergaben, erschossen.

Der Kampf geht weiter

Ein System kann nicht durch eine Geiselnahme geändert oder gestürzt werden, dazu ist eine breite Bewegung vor allem der städtischen ArbeiterInnen notwendig; aber die Geiselnahme war ein verzweifelter Versuch, Änderungen zu erwirken. Fujimori hat die Geiselnahme mit äußerster Brutalität beenden lassen, dadurch beseitigt er aber nicht die krasse soziale Ungleichheit und den daraus resultierenden Unmut und Widerstand.

Griechenland

Monatelange Protestwelle

In den letzten vier Monaten gab es in Griechenland eine mächtige Welle von Kämpfen gegen die Angriffe der PASOK-Regierung. Bis jetzt haben die Reinigungskräfte in den Schulen, Bauarbeiter, RentnerInnen, kinderreiche Familien, Beschäftigte im Einzelhandel, FachärztInnen, Bauern und Bäuerinnen, Hafendarbeiter, LehrerInnen, die Beschäftigten in der öffentlichen Papierindustrie und noch weitere gestreikt und demonstriert.

von Eleni Mitsou,
Mitglied von Xekinima,
der griechischen
Schwesterorganisation der SOV

Die 6 Monate alte „sozialistische“ PASOK-Regierung hat es in kurzer Zeit geschafft, 80% der GriechInnen gegen ihre Politik aufzubringen, so daß die große Mehrheit der Beschäftigten alle bisherigen Streiks und Kämpfe unterstützte. Lohnkürzungen, Steuerreformen (die nur die Unternehmer erfreuten), Privatisierungen, tausende Entlassungen, Subventionskürzungen und Sozialabbau sind nur einige der Maßnahmen der Regierung, damit Griechenland die Maastricht-Kriterien erfüllen kann.

Die wichtigsten Kämpfe - von Dauer, Form und Bewußtsein her - waren die der Bauern und Bäuerinnen, der Hafendarbeiter und der LehrerInnen. Die Bauern blockierten im Dezember 25 Tage lang die Autobahnen. Der Kampf mußte von unten organisiert werden, da die Führung der Bauerngewerkschaft dagegen war.

Als die Bauern dies erkannt hatten, schufen sie eigene Kampfkomitees und fingen an, sich zu wehren. Ihre Hauptforderungen waren: Kein Arbeitsplatzabbau (die Regierung plant in den nächsten 10 Jahren mindestens 250.000 Stellen abzubauen) und keine Subventionskürzungen.

Die Hafendarbeiter

Die Hafendarbeiter haben von 5. Dezember bis 11. Jänner gestreikt und die Häfen blockiert. Sie verhinderten das Einlaufen von Schiffen, indem jedes Mal einige ins Wasser sprangen, wenn ein Schiff einlaufen wollte. Der Streik wurde durch die Steuerreformen und die große Arbeitslosigkeit in ihrem Bereich provoziert. Obwohl die Gewerkschaftsführung den Streik schnell beendete, haben die Hafendarbeiter einen Teilsieg errungen - es gibt fast keine Steuerreform für sie.

Die LehrerInnen haben 8 Wochen lang für höhere Löhne, für mehr Geld für die Ausbildung und mehr

Arbeitsplätze gestreikt. Der Kampf fing erst auf starken Druck der Basis auf ihre Führung hin an. Er konnte so lange geführt werden, weil die LehrerInnen schon zuvor regionale Komitees hatten und ein Kampfkomitee geschaffen wurde, das die Gewerkschaftsführung kontrollierte. Durch diesen Streik bekamen die LehrerInnen höhere Löhne, und die Regierung wurde verpflichtet, vom neuen Schuljahr an mehr LehrerInnenarbeitsplätze zu schaffen.

Kämpferische Stimmung

Die Stimmung der griechischen ArbeiterInnenklasse ist nach langer Zeit wieder sehr kämpferisch, wie in fast allen Ländern Europas. Die alltägliche Realität bringt die Beschäftigten dazu, zu ignorieren, was die Regierung über die Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien sagt, da sie sonst nicht überleben könnten. Ihr Lebensstandard ist ohnehin einer der niedrigsten in Europa.

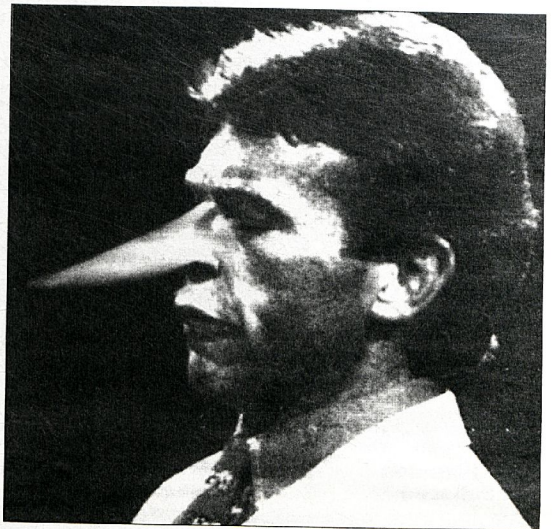
Darüber hinaus fangen die griechischen Beschäftigten an, zu verstehen, daß die heutigen Gewerkschaftsführungen, meist selbst Mitglieder der PASOK, Marionetten der Regierung sind und ihre Kämpfe nur behindern. Sie stellen sich gegen ernsthafte Kämpfe, die eben auch



Dem Ministerpräsident ist das Lachen vergangen

Streiks beinhalten. Kommt es gegen ihren Willen doch zu Gegenwehr, so versuchen sie, diese so schnell wie möglich zu beenden. Deshalb wurden fast alle Kämpfe der letzten Zeit von unten organisiert. Aber nur so konnten Verbesserungen erkämpft werden. Dies werden aber nicht die letzten Kämpfe der griechischen ArbeiterInnenklasse sein. Je mehr die Regierung solche Maßnahmen trifft, desto mehr Kämpfe wird es geben - nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa.

Gewerkschaft: FPÖ will spalten!



Haider hat für ArbeiterInnen nichts übrig - er will nur ihre Stimmen!

Teile und Herrsche - das heißt, die ArbeitnehmerInnen in Frauen und Männer, In- und AusländerInnen, in Arbeitslose und jene, die noch einen Job haben, zu teilen. Der Zweck ist klar: Sind die Beschäftigten untereinander nicht einig, sind sie schwach und den Angriffen auf Löhne und Sozialstandards ausgeliefert. Die FPÖ will am 1. Mai 1997 mit der Gründung einer eigenen „Gewerkschaft“ die Spaltung der ArbeitnehmerInnen vorantreiben.

von Sonja Grusch, SOV Wien Nord, Wirtschaftspartei FPÖ

Nachdem die FPÖ bei den Wahlen zum EU-Parlament im Oktober '96 vor allem Zulauf von ArbeiterInnen hatte, gibt sich Haider nun ganz als neuer „ArbeiterInnenführer“. Er wettet gegen SPÖ&ÖGB, und die FPÖ plakatiert in Wien sogar „Solidarität statt Sozialabbau“. Aber wie würde „Solidarität statt Sozialabbau“ a la FPÖ in der Praxis aussehen?

Fast alle konkreten Forderungen der FPÖ im Wirtschafts- und Sozialbereich sind klassische Unternehmerforderungen. Aus Platzgründen hier nur ein kurzer Auszug:
- Stop der Diskussion um die 35-Stunden-Woche
- weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen
- Aussetzung des Arbeitnehmer-schutzgesetzes

- Senkung des Arbeitslosengeldes und Zwangsarbeit für Arbeitslose...
Dahinter steckt ein Konzept: Unter dem Schlagwort „Freiheit“ sollen Schutzbestimmungen abgebaut werden (z.B. sollen Lehrlinge länger arbeiten „dürfen“). Ein wichtiges Ziel ist auch der Übergang von Kollektivverträgen zu Individualverträgen. Die Beschäftigten aber sind alleine erpressbarer - und daher billiger!
Weiters würde eine Umsetzung der FPÖ-Forderungen zu einer massiven

Umverteilung führen. Die von ihr propagierte „Entlastung der Wirtschaft“ bedeutet Mehrkosten für die Sozialversicherung, den Staat und die kleinen SteuerzahlerInnen.
Die FPÖ betreibt Politik im Sinne der Unternehmer - nicht zuletzt, weil sich genügend von denen in den eigenen Reihen befinden: Haider, Prinzhorn, Mauthner-Markhof ...

ÖGB (mit 0,6 % der BetriebsrätInnen/ PersonalvertreterInnen wollen sie 20 % der ÖGB-Macht) und droht mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft. Erste konkrete Schritte wurden bereits gesetzt. Die ÖGB-Führung verhandelte und wich zurück. Anstatt klarzumachen, daß in einer Gewerkschaft Unternehmervertreter wie die FPÖ nichts zu suchen haben, versuchte und versucht die FPÖ- Spitze, die FPÖ organisatorisch zu integrieren. Noch schwerer wiegt allerdings, daß auch politisch dem Druck der FPÖ gelinde gesagt nachgegeben wird. So sagte ÖGB-Präsident Verzetnitsch, die FPÖ habe vom ÖGB in der „Ausländerfrage gelernt“. Die ganze nationalistische Standortpolitik des ÖGB bietet darüberhinaus einen idealen Boden, auf dem die FPÖ ihre Propaganda ausbreiten kann.

Gegen AK und ÖGB

Die Organisationen der ArbeitnehmerInnen sind den Unternehmern seit jeher ein Dorn im Auge und werden von ihnen daher bekämpft. Die FPÖ ist in diesem Bereich Vorkämpferin, wenn sie das Ende der AK in der jetzigen Form fordert. Ebenso steht die „Reduzierung des Gewerkschaftseinflusses im Wirtschaftsleben“ auf dem Programm. Die AUF (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher) forderte jahrelang offen zum Austritt aus dem ÖGB auf und verteilte vorgedruckte Austrittsformulare. Die AUF und die FA (Freiheitliche Arbeitnehmer), die blauen ArbeitnehmerInnenorganisationen, sind nichts als FPÖ-Anhänger. Sie gehen soweit, auch deren arbeiterInnenfeindlichen Forderungen zu übernehmen. Wenn die FPÖ auch auf der Wahlebene vor allem bei den ArbeiterInnen zulegt, so ist ihre Verankerung in den Betrieben denkbar schlecht. Gerade 0,6 % aller BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen bekennen sich zur AUF oder FA. Stark sind die Freiheitlichen nur bei der Exekutive, wo sie von 4,76 % (1987) auf 27,48 % (1995) wuchsen.

Die Ankündigung der FPÖ, eine eigene Gewerkschaft zu gründen, dient nicht, wie sie behaupten, dazu, die Rechte der ArbeitnehmerInnen besser zu vertreten. Ganz im Gegenteil. Ziel dieser Aktion ist es, die ArbeiterInnenbewegung zu spalten und damit zu schwächen. Eine Auflösung von ÖGB und AK ist zur Zeit nicht durchsetzbar, also setzen die Freiheitlichen auf den Spaltplatz.

Für einen kämpferischen ÖGB

Diejenigen, die sagen, wir brauchen eine kämpferische Interessensvertretung, haben recht. ÖGB und AK sind das in der jetzigen Form eindeutig nicht. Doch eine Spaltung oder die Auflösung dieser Organisationen würde die Voraussetzungen für Widerstand gegen Sozialabbau weiter verschlechtern. Es führt kein Weg daran vorbei, selbst aktiv zu werden und eine linke Gewerkschaftsopposition mit aufzubauen.

aktionstag gegen arbeitslosigkeit jugend

„Die Jugend ist die Zukunft!“, so tönt es aus allen politischen Ecken. Doch ohne Arbeit, keine Zukunft. Arbeitslosigkeit ist für viele Jugendliche das zentrale Problem. Die Prognose des AMS für September 1997 verdeutlicht dies: 12.000 Lehrstellen werden fehlen.

Es ist kein Los, ohne Arbeit zu sein. Die Jugendorganisation *Jugend gegen Rassismus in Europa/JRE* ruft zum „Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit“ (24. Mai) in Wien auf. Die Jugendreferate verschiedener Fachgewerkschaften (ANG, GdG, Chemiarbeiter), sowie die SJ-Wien, die Asylkoordination und die SOV haben Bereitschaft zur Unterstützung und Mitarbeit angedeutet.

Im Rahmen dieses Aktionstages wird es Straßenaktionen, Diskussionsveranstaltungen und ein Fest geben, bei denen die Forderung „Arbeit für Alle!“ im Mittelpunkt stehen wird.

Darüberhinaus soll deutlich gemacht werden, mit welchen vielfältigen Schwierigkeiten Lehrlinge, SchülerInnen und junge ArbeitnehmerInnen konfrontiert sind. Bereits im Rahmen der „Euro-marsch“-Kampagne haben wir versucht, die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik - national, wie international - aufzuzeigen. Diese Politik von „Möglichst viel Profit!“ durch Kündigungen, Auslagerung von Betrieben, Schließung von Lehrwerkstätten, Sparpaket 1 und 2, etc. ist für viele ArbeitnehmerInnen, Familien, StudentInnen, Lehrlinge, PensionistInnen, SchülerInnen, ... bereits zum großen Problem geworden. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten!

24.5.97

ab 13 Uhr Marhilferstr./Virgin
ab 14 Uhr Stumpergasse 60

Eigene FPÖ-Gewerkschaft?

Schon seit einiger Zeit fordert die FPÖ mehr Einfluß und Pfründe im